

Gewerkschaftsforum Hannover:

Die Zeitung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) *„l'Anticapitaliste“* brachte in der **Nr. 579 vom 29. Juli 2021** den folgenden Leitartikel zum neusten *„Loi sanitaire“* („Gesundheitsgesetz“) der Regierung von Emmanuel Macron und den Massenprotesten dagegen:

Gegen den Autoritarismus, für eine echte Gesundheitspolitik: keine Sommerpause!

Redaktion „l'Anticapitaliste“

Seit den Ankündigungen von Emmanuel Macron am 12. Juli reißen die Proteste gegen die Projekte der Regierung, insbesondere gegen den Gesundheitspass, nicht mehr ab. Es muss gesagt werden, dass Macron sich wieder einmal für den Einsatz von Zwang und Gewalt entschieden hat, in Fortsetzung dessen, was er in den letzten 18 Monaten getan hat. Immer nach demselben Prinzip: eher zu zwingen als zu überzeugen.

Im Laufe der Zeit wird uns klar, wie sehr der Gesundheitspass ein Irrtum ist. Ein besonders bezeichnendes Beispiel – neben vielen anderen – für den absurden, gefährlichen und diskriminierenden Charakter der staatlichen Maßnahmen ist die Verpflichtung zur Vorlage eines Gesundheitspasses, der einen vollständigen Impfschutz, einen negativen PCR-Test oder eine ärztliche Bescheinigung über die Genesung von Covid-19 bescheinigt, wenn eine Person eine Gesundheits-, Sozial- oder medizinisch-soziale Einrichtung aufsucht – außer in Notfällen. Mit anderen Worten, potenzieller Entzug medizinischer Versorgung im Namen von... Argumenten der öffentlichen Gesundheit.

Die Union Syndicale de la Psychiatrie (USP) erklärt: *„Dies ist ein äußerst schwerwiegender Angriff auf den Zugang zu medizinischer Versorgung für kranke Menschen, auf den Zugang zu Gesundheits- oder Sozialdiensten und führt zu einer Unterscheidung zwischen denjenigen, die Zugang zu Impfstoffen haben oder nicht. Wie wir wissen, hat, außer denjenigen, die sich gegen die Impfung sträuben oder sie ablehnen, ein Teil der Bevölkerung keinen Zugang zu dieser Impfung.“*

Gefährliche Logik

Auch wenn das Beispiel des Zugangs zu medizinischen und medizinisch-sozialen Strukturen "ungewöhnlich" erscheinen mag, so ist es doch ein Beispiel für die gefährliche Logik des Autoritarismus der Regierung, die sich auf viele andere Fälle übertragen lässt. Auch wenn der Grundsatz der Entlassung eines Arbeiters ohne Gesundheitspass auf unbestimmte Zeit und ohne Angabe von Gründen derzeit nicht mehr aktuell ist, so ist doch die Rede von Gehaltseinschränkungen und der Beibehaltung der Möglichkeit einer Entlassung.

Auch wenn die Regierung behauptet, dass die Identitätskontrollen nicht systematisch durchgeführt werden, so handelt es sich doch um eine allgemeine Überwachung, die ausgeweitet wird, ohne dabei zu vergessen, dass, wie die Nichtregierungsorganisation Quadrature du net betont (*die sich für Bürgerrechte im Internet einsetzt*), "die Daten der Gesundheitskarte von jeder Person, die eine Gesundheitskarte scannt, missbraucht werden können". Kann man sich schließlich vorstellen, dass in einer Zeit, in der in den Krankenhäusern ein eklatanter Personalmangel herrscht und sich die vierte Welle entwickelt, die Beschäftigten des Gesundheitswesens, die sich weigern, sich der Impfpflicht zu unterwerfen, mit einem autoritativen Berufsverbot belegt werden, was das Chaos in den Krankenhäusern sicherlich noch verstärken wird?

Wenn Helden zu Verrätern werden

Vor einem Jahr waren die Beschäftigten des Gesundheitswesens "*Helden*", deren Parade Macron am 14. Juli abnehmen und denen er Medaillen verleihen wollte. Heute sind diejenigen, die zögern, fast schon zu Verrätern geworden, die sich der Verbreitung der Krankheit schuldig gemacht haben und denen der Verlust von Gehalt und Arbeitsplatz droht. Vor einem Jahr hatten die Behörden wenig Skrupel, als sie das Gesundheitspersonal an die Front schickten, ohne geeignete Masken, mit Müllsäcken, weil es keine Kittel gab, und als die Krankenhausleitung denjenigen, die kontaminiert waren, vorschrieb, an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, wenn sie keine Symptome mehr hätten.

Durch die Stigmatisierung von Krankenhausmitarbeitern und generell von Menschen, die sich nicht impfen lassen und/oder den Gesundheitspass ablehnen, hofft die Exekutive, von ihrer eigenen Verantwortung für das Wiederaufflammen der Epidemie und den Verfall eines Krankenhaussystems abzulenken, das aufgrund von Personal- und Ressourcenmangel noch weniger in der Lage sein wird, die vierte Welle zu bewältigen. Die Versprechungen zusätzlicher Mittel für Krankenhäuser und EHPAD's (Pflegeheime) sind leere Worte geblieben. Die Arbeitsbedingungen und die Patientenversorgung verschlechtern sich weiter und das autoritäre und repressive Management der Direktionen hat wieder zugenommen, was zu Unmut und Rücktritten geführt hat.

Gesundheitsdemokratie

Im Gegensatz zu dem, was uns viele Leitartikler und Politiker glauben machen wollen, handelt es sich bei den Zehntausenden von Menschen, die seit dem 12. Juli auf die Straße gegangen sind und dies auch weiterhin tun werden, nicht um einen Haufen hässlicher reaktionärer Impfgegner. Und wenn wir unter den Demonstranten einige Randbereiche der extremen Rechten und Anhänger von Verschwörungstheorien finden, bezüglich deren schädlichen Einfluss wir wiederholen

müssen, dass sie niemals unsere Verbündeten sein werden und deren schädlichen Einfluss wir weiterhin zu bekämpfen gedenken, so gehören wir zu denjenigen, die der Meinung sind, dass die soziale und politische Linke angesichts der gefährlichen Politik der Regierung nicht abseits stehen kann.

Wir wiederholen: Eine allgemeine Impfung auf globaler Ebene ist der beste Weg, um die Pandemie zu stoppen; die Nutzen-Risiko-Bilanz mit einem Rückblick auf mehr als 2,5 Milliarden injizierte Dosen spricht absolut dafür. Aber sagen wir auch: Die Pandemie wird durch die Aufhebung von Patenten und durch eine ehrgeizige Gesundheitspolitik, die die Bevölkerung einbezieht, besiegt werden, nicht durch Zwang und die Ausweitung der Überwachung.

In diesem Sinne hat die NPA den gemeinsamen Appell *"Ablehnung des Gesundheitsgesetzes und der sozialen Rückschritte"* unterzeichnet, in dem es insbesondere heißt: *"Im Namen der langfristigen Wirksamkeit gegen die Epidemie und um unsere Freiheiten zu bewahren, widersetzen wir uns dem neuen Gesetz, das in der Versammlung verabschiedet wurde, sowie den unsozialen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Arbeitswelt für die soziale Krise zur Kasse zu bitten."*

Dafür werden wir uns in den kommenden Tagen und Wochen weiter einsetzen, auch durch die Beteiligung an Mobilisierungsinitiativen – wo immer es möglich ist, eine solche Politik zu vertreten.

Vorbemerkung, Übersetzung aus dem Französischen + Anmerkung in doppelten Klammern:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de

Gewerkschaftsforum Hannover:

Die Massenproteste gegen den so genannten „*Gesundheitspass*“ der Regierung Macron mit der Diskriminierung von Ungeimpften in Frankreich in den vergangenen Wochen haben auch hierzulande für Aufsehen gesorgt. Dabei herrscht bei der deutschen Linken zumeist bestenfalls völliges Unverständnis, wenn nicht sogar krasse Ablehnung gegenüber den Protesten solcher „*verrückter Impfgegner*“, „*Querdenker*“, die gern auch gleich noch unisono als „*Faschos*“ abgestempelt werden. Klingt sehr radikal, ist es aber nicht, denn dabei entgeht den Meisten, dass sie mit dieser Sichtweise voll auf der Linie der Regierung, des bürgerlichen Staates und des Großkapitals liegen. Getreu dem Motto, dass die „**Frankfurter Allgemeine Zeitung**“ am **30.7.2021** als Titel eines halbseitigen (und halbseidenen) Interview mit dem neoliberalen „*Spitzenforscher Armin Falk*“ ausgab: „*Klappe halten, impfen lassen*“.

Bei so viel Kritiklosigkeit gegenüber der Regierungspolitik und den Ergebnissen kapitalistischer Produktion sind dann ganz schnell erst die „*Maskenmuffel*“ und dann die „*Impfgegner*“ oder „*Impfskeptiker*“ die Schuldigen und Hauptfeinde. Kein Aufschrei (übrigens auch nicht von den sog. „*Querdenkern*“) ist allerdings zu hören, wenn in einem langen Interview für die „**Hannoversche Allgemeine**“ vom **30.7.2021** AOK-Chef Martin Litsch inmitten der Corona-Pandemie die Schließung von nicht weniger 700 der noch existierenden Krankenhäuser fordert. Und damit auf einer Linie mit dem Boss der Techniker-Krankenkasse und dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses von Kassen, Ärzten und Kliniken, Josef Hecken liegt.

Dass Aufklärung immer kritisches Denken erfordert und vernünftige Kritik auch an Corona-Impfstoffen Grundvoraussetzung für ihre Verbesserung ist, kommt offenbar nur Wenigen in den Sinn. Angesichts der wirren, sich ständig ändernden und zum Teil diametral widersprechenden Aussagen der „*Experten*“ und „*der Wissenschaft*“ zum Impfstoff AstraZeneca und seinem letztlichem Ausrangieren eine erstaunliche Kurzsichtigkeit.

Auch die Erfahrungen aus Gibraltar, wo trotz fast vollständiger doppelter Impfung mit Biontech/Pfizer der 7-Tage-Inzidenz-Wert zuletzt bei 600 lag und der rasante Anstieg der Neuinfektionen in den USA, die derzeit über dem Höchststand des letzten Sommers liegen als dort noch keiner geimpft war, sollten gegenüber den Werbesprüchen der jeweiligen Unternehmen bezüglich einer Wirksamkeit von 95% oder gar 98% eigentlich nachdenklich machen.

Über die Konsequenz der offenbar doch sehr viel geringeren Wirksamkeit der Wunderwaffen berichtete die „**Frankfurter Rundschau**“ am **29.7.2021** unter dem Titel: „*Biden zieht die Notbremse. Auch Geimpfte sollen in den USA wieder Maske tragen*“. Die neuste Idee ist nun eine schnelle dritte Dosis nochmal mit denselben Impfstoffen nach dem Motto ‚*Aller guten Dinge sind hoffentlich drei!*‘. Eine Idee vor der die Weltgesundheitsorganisation (WHO) allerdings warnt.

Die französische radikale Linke vertritt da eine andere Herangehensweise: Verständnis für die Skepsis vieler Leute angesichts der plötzlichen Besorgnis einer Regierung, die sich ansonsten kaum um die Gesundheit der Menschen schert, Kampf gegen neue Diskriminierungen und Repressionsmittel in den Händen der „*Patrons*“

bei gleichzeitiger Kritik am liberalen Loblied auf die „*individuelle Freiheit*“ und absurden Verschwörungstheorien sowie der Verweigerung eines Burgfriedens mit der Bourgeoisie.

Das verdeutlicht zum Beispiel der folgende Leitartikel der Wochenzeitung „***Lutte Ouvrière***“ („Arbeiterkampf“) **Nr. 2765 vom 30. Juli 2021**. Herausgegeben wird sie von der gleichnamigen trotzkistischen Organisation, die derzeit die größte der „*extremen Linken*“ jenseits des Rheins ist. Neben einer regen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kandidiert LO auch regelmäßig bei Wahlen. Ihr bisher bestes Ergebnis erzielte sie bei Europawahlen 1999 als eine gemeinsame Liste mit der ebenfalls trotzkistischen LCR 5,2% der Stimmen und 5 Sitze in Straßburger EU-Parlament errang. Bei den jüngsten Regionalwahlen im Juni 2021 erhielt LO landesweit knapp 320.000 Stimmen bzw. 2,23%.

Macron und die Kapitalisten wollen uns einen «Pass» verpassen

Die Nationalversammlung, in der die Macronisten die Mehrheit haben, und der Senat, der von den Rechten beherrscht wird, haben sich darauf geeinigt, das neue Gesundheitsgesetz zu verabschieden. Die Regierung nutzte die Gelegenheit, um wieder mal eine Tirade über die nationale Einheit zu starten, während die rechten Senatoren ihr „*Verantwortungsgefühl*“ lobten.

Für sie bedeutet Verantwortung, auf die Wünsche der Arbeitgeber einzugehen, und nationale Einheit bedeutet, Hand in Hand gegen die Arbeiter zu marschieren. Das verdeutlichen die von den Senatoren vorgenommenen Änderungen: Es genügte, dass die Chefs der großen Einkaufszentren über die hohen Kosten der Gesundheitspass-Kontrolle schimpften, damit sie ausgenommen wurden.

Was die Arbeiter anbelangt, so wagen es die Senatoren zu behaupten, sie zu schützen, indem sie die Möglichkeit einer Entlassung wegen Nichtimpfung durch eine „*einfache Suspendierung*“ ohne Bezahlung ersetzen. Was für eine Heuchelei!

Welcher Arbeiter kann ohne Lohn auskommen? Die „*einfache Suspendierung*“ ist eine Entlassung, die nicht so genannt wird und die den Arbeitgeber nichts kostet, da ein Arbeiter, der die Impfung verweigert, die Wahl hat, entweder ohne Lohn zu leben oder zu kündigen!

Die Regierung hat den Arbeitgebern eine neue Waffe gegen die Arbeiter in die Hand gegeben. Es ist sogar der Staat, der mit gutem Beispiel vorangeht, denn dieses Diktat wird zuerst auf die Werkstätigen in den Krankenhäusern und anderen öffentlichen Sektoren angewandt. Eine bemerkenswerte Ausnahme ist die Polizei, die in der Lage sein wird, den Gesundheitspass zu kontrollieren, von dem sie selbst

befreit ist. Die Regierung braucht die Kräfte der Unterdrückung zu sehr, um sie gegen sich aufzubringen.

Zur Verteidigung der Zwangsimpfung sprach Macron am Sonntag, den 25. Juli, vor Pflegepersonal in einem Krankenhaus auf Tahiti, wobei er vollmundig von kollektivem Interesse redete. Es gehört schon eine gehörige Portion Arroganz dazu, sich ausgerechnet in Polynesien als Beschützer der öffentlichen Gesundheit aufzuspielen, wo der französische Staat dreißig Jahre lang Atomtests durchgeführt hat, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der örtlichen Bevölkerung zu nehmen.

Die Regierung tut so, als würde sie den Arbeitern den rechten Weg weisen, indem sie Verbote und Genehmigungen ausspricht und sich auf das kollektive Interesse beruft. Das ist ungeheuerlich!

Es ist empörend für die Pflegekräfte, die in Krankenhäusern ohne Mittel zurückgelassen und wie potenzielle Mörder behandelt werden, während sie aufgefordert werden, zur Arbeit zu kommen, auch wenn sie Kontaktfälle waren oder sogar ohne Krankheitssymptome positiv getestet wurden, weil es so wenig Personal gibt. Für die häuslichen Pflegekräfte, die sich während der aufeinanderfolgenden Ausgangssperren allein um die isolierten älteren Menschen kümmerten, ist das eine Zumutung. Es ist empörend für alle Arbeiter, die sich daran erinnern, wie sie in die Fabrik zurückkehrten, als die Epidemie wütete und es nicht einmal Masken gab, weil die Bosse nicht ein bisschen Profit verlieren wollten.

Die Regierung stellt sich selbst als Verkörperung der Vernunft und des wissenschaftlichen Fortschritts dar, gegen alle Verschwörungen. Ja, die Impfung könnte ein Fortschritt sein, wenn der Kapitalismus nicht auf den Profit ausgerichtet wäre, sondern stattdessen auf die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse. Welcher wissenschaftliche oder technologische Fortschritt auch immer gemacht wird, die Logik des Profits behindert jeden Fortschritt für die Menschheit, wenn sie ihn nicht in eine Katastrophe verwandelt, und sie schürt Misstrauen.

Welchen Fortschritt kann diese Impfung darstellen, wenn das gesamte Gesundheitssystem in einem so reichen Land wie Frankreich auf dem Rückzug ist? Welchen Fortschritt bedeutet es im globalen Maßstab, wenn nur etwas mehr als 1 % der Afrikaner Zugang zu einem Impfstoff haben? Es ist kein Problem für die Regierung rasch Gesetze gegen die Werktätigen zu erlassen, wohl aber die Labors dazu zu zwingen, die Patente freizugeben. Das *"Verantwortungsgefühl"* der Regierung hört dort auf, wo die Gewinne der Kapitalisten anfangen.

Zehntausende von Menschen nahmen an Demonstrationen gegen den Gesundheitsspass teil. Viele Arbeiter haben sich beteiligt, um ihrem Ärger Ausdruck zu verleihen, und das zu Recht. Doch die meisten dieser Demonstrationen fanden im Namen der individuellen Freiheit statt. Das kann nicht die Vertretung unserer Interessen sein. In dieser Gesellschaft hat die Freiheit für den Chef nicht den gleichen Geschmack wie für den Arbeiter. Wenn es dem Chef freisteht, das von ihm gewünschte Gehalt durchzusetzen oder zu feuern, wann er will, reduziert sich die Freiheit des Arbeiters darauf, sich seinen Bedingungen zu beugen, um nicht zu verhungern.

Nach dem Gesundheitsgesetz sind mit der Reform der Arbeitslosenversicherung und der Verlängerung des Renteneintrittsalters weitere üble Schläge geplant. Die Arbeiter sorgen dafür, dass die gesamte Gesellschaft funktioniert. Es sind unsere Kämpfe, die es ermöglichen werden, den Kapitalisten und der ihnen zu Diensten stehenden Regierung aufzuzwingen, dass das Leben der Arbeitenden, der Arbeitslosen und der Rentner Vorrang vor den Profiten hat. Damit das kollektive Interesse wirklich zur Priorität wird, muss die Vorherrschaft der Bourgeoisie über die Wirtschaft angegriffen werden.

Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Französischen:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de

Gewerkschaftsforum Hannover:

Zu den Demonstrationen gegen den so genannten „Gesundheitspass“ der Regierung Macron brachte die trotzkistische Wochenzeitung „**Lutte Ouvrière**“ („Arbeiterkampf“) **Nr. 2765 vom 30. Juli 2021** auch den folgenden Artikel, der genauer auf die Straßenproteste, die dort vertretenen Ansichten und die richtige Umgangsweise der Linken und der Arbeiterklasse damit eingeht.

Gesundheitspass: eine Wut, in der die Klassenziele deutlich gemacht werden müssen

Aline Retesse

Am 24. Juli demonstrierten in Frankreich erneut Zehntausende gegen den Gesundheitspass: 160.000 Menschen insgesamt, mehr als am Samstag zuvor, als 114.000 Menschen auf die Straße gingen.

In Paris, wo 11.000 Menschen marschierten, in Straßburg, wo 4.000 Leute demonstrierten, in Toulouse, wo es mehr als 2.500 Demonstranten waren, und Tausende in Nizza, prangerten die Transparente meist die Angriffe auf die *"Freiheit"*, *"die Gesundheitsdiktatur"* und *"den Pass der Schande"* an oder forderten Macron zum Rücktritt auf.

Hinter diesen Parolen verbargen sich Pflegekräfte, Arbeiter, die direkt vom Gesundheitspass betroffen sind und Angst haben, entlassen zu werden, Arbeitslose oder Rentner mit oder ohne gelbe Weste, aber auch viele andere soziale Gruppen, darunter Restaurantbesitzer und andere Kleinunternehmer. Viele Politiker der Rechten und der extremen Rechten sahen eine Gelegenheit, sich mit den Menschen im Rücken zu zeigen, wie der Vorsitzende der Partei Les Patriotes (Die Patrioten) und ehemalige Nummer 2 des Rassemblement National (RN), Florian Philippot, in Paris.

Der Zorn richtet sich gegen den Gesundheitspass und andere von der Regierung beschlossene und schließlich vom Parlament verabschiedete Auflagen. Diese Wut betrifft natürlich auch die Arbeiter, von denen einige an den Demonstrationen teilgenommen haben. Die Impfpflicht und der Gesundheitspass sind gewissermaßen der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, denn die Klassenverachtung der Regierung war wieder einmal unübersehbar.

Doch hinter dem Zorn der Arbeiter stecken viel umfassendere Gründe für ihre Unzufriedenheit. Die Pandemie ermöglichte es den Unternehmern und der Regierung monatelang, den Menschen viele Opfer abzuverlangen, um den Abbau von Arbeitsplätzen und Entlassungen zu rechtfertigen, wie die von Zehntausenden Zeitarbeitern (jungen und alten), die brutal entlassen wurden. Alle Einschränkungen, die die Regierung im Laufe der Monate auferlegt hat, haben die "Seilführer", die Krankenschwestern, die Müllmänner, die Haushaltshilfen oder die Beschäftigten im Vertrieb und im Einzelhandel, die gestern noch heuchlerisch von Macron gewürdigt wurden, heute als Verantwortliche für die Ausbreitung des Virus hingestellt werden, am meisten belastet!

Das Arbeiterinteresse besteht darin, diese Revolte klar zum Ausdruck zu bringen, indem sie ihre Klassenziele äußern. Freiheit für alle zu fordern, gehört nicht dazu. Arbeiter haben keine Freiheit mehr, wenn sie keinen Arbeitsplatz und keinen Lohn haben, der ihnen ein angemessenes Leben ermöglicht. Für die Kapitalistenklasse hat die Freiheit eine diametral entgegengesetzte Bedeutung. Es geht darum, ungehindert entlassen zu können und immer härtere Arbeitsbedingungen und immer niedrigere Löhne durchzusetzen. Was die Freiheit der Arbeiterklasse behindert, ist die Diktatur, die die Bosse über die gesamte Gesellschaft mit dem einzigen Ziel ausüben, Profit zu machen. Das ist es, was das Leben der Arbeitenden verdirbt, und das ist es, was Macron uns mit seinen politischen Manövern vergessen machen möchte.

Diese Kapitalistenklasse müssen wir angreifen, um Neueinstellungen in allen öffentlichen Diensten, im Gesundheits- und Bildungswesen und im Verkehrswesen zu erzwingen, um eine Arbeitsteilung unter Beibehaltung der Löhne und Gehälter durchzusetzen und um zu erreichen, dass die Erhöhung der Gehälter, Renten und aller Zulagen den Lebenshaltungskosten folgt. Ohne das Bewusstsein für die Notwendigkeit, eine Klassenpolitik zu verteidigen, wird der berechtigte Zorn unweigerlich von den zahlreichen Feinden der Arbeiter abgelenkt – wie es in der Vergangenheit viel zu oft der Fall war.

Vorbemerkung und Übersetzung aus dem Französischen:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de